

Pressemitteilung

Berlin, 5.2.2009

Aktuell zur Münchner Sicherheitskonferenz: Umfrage zu den Top-Themen der deutschen Außenpolitik

Die Sicherung der Energieversorgung, der Klimawandel und eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte sind die wichtigsten Themen der deutschen Außenpolitik in den nächsten fünf Jahren. Der Umgang mit Terroristen und islamischen Fundamentalisten spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, hat jedoch keine Top-Priorität. Der Nahost-Konflikt birgt die größte Brisanz, während die Konflikte in Iran und Afghanistan für Deutschland als eher nachrangig angesehen werden. Europa sollte sich bei diesen und anderen Konfliktherden als Vermittler betätigen und eine Konfrontationspolitik vermeiden. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer umfangreichen Elitestudie zu den aktuellen Trends der deutschen Außenpolitik, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der dimap-Gruppe durchgeführt wurde.

Befragt wurden 240 deutsche Führungskräfte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Verwaltung. Die Studie ist als mehrjähriges Projekt angelegt, so dass ein Zeitvergleich über die Jahre möglich sein wird. „Die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz zeigt deutlich, dass Außenpolitik nicht nur von Diplomaten gemacht wird, sondern dass viele Fragen wie die Energieversorgung oder die Kontrolle der Finanzmärkte Unternehmen und Bürger direkt betreffen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mehr Wissen über die Gestaltung von Außenpolitik gewinnen“, so Ralf Welt, Geschäftsführer der politischen Beratungsgesellschaft dimap communications. Die Studie gebe Antworten auf drängende Fragen und ermögliche es durch Analysen von Einstellungsmustern erstmals, Trends der Außenpolitik frühzeitig zu prognostizieren.

Wie die befragten Eliten die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik bewerten, was sie vom Machtwechsel in den USA halten und welche Lösungen sie für Iran, Afghanistan und Russland vorschlagen – hier weitere Schwerpunkte:

Mehr Polizisten nach Afghanistan

Der Studie zufolge erwartet die Mehrheit der Befragten im Bereich der transatlantischen Beziehungen eine „vertiefte Partnerschaft“ sowie eine „offenere Kommunikation“ und neue Impulse für den Klimaschutz. Kritisch wird jedoch die Zusammenarbeit mit den Alliierten in Afghanistan gesehen – hier rechnen vier von zehn Befragten mit einer Verschlechterung. Zwei Drittel lehnen eine Entsendung weiterer Truppen ab, sechs von zehn Funktionsträgern sprechen sich zudem für

direkte Verhandlungen mit den Taliban aus. Deutschlands Rolle soll darin bestehen, sich mehr im zivilen Wiederaufbau zu engagieren und die Nachbarländer in den Friedensprozess einzubinden. Gut die Hälfte der Befragten (53%) plädiert zudem für die Entsendung zusätzlicher Polizeikräfte.

Kooperationsangebote an Iran

Mit Blick auf den Nuklearkonflikt mit dem Iran empfehlen 61% der Umfrageteilnehmer, das Problem durch politischen Dialog und Kooperationsangebote auf wirtschaftlichem und technologischem Gebiet lösen – Sanktionen und Isolation werden skeptisch beurteilt, Militäraktionen von 65% der Befragten abgelehnt. Europa soll die Amerikaner durch Vermittlung zwischen den Regierungen und beim Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen unterstützen.

Schwierigkeiten mit Russland

Während sich die Beziehungen zu den USA verbessern, stößt die Partnerschaft mit Russland bei den Experten auf Vorbehalte. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die russische Regierung bei der Rüstungsbegrenzung und der Konfliktlösung auf dem Balkan „nicht hilfreich“ sei. Die weitaus meisten Befragten sehen Russland als wichtige Ordnungsmacht, attestieren dem Land jedoch auch eine wenig konstruktive Rolle in Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat. Sehr kontrovers fallen auch die Meinungen aus, wenn es um die Bewertung der russischen Politik im postsowjetischen Raum geht. Knapp die Hälfte der Befragten vertritt die Ansicht, Russland betreibe schlichtweg Machtpolitik, allerdings sind 49% zugleich der Ansicht, dass Russland lediglich legitime Abwehrmaßnahmen ergreife. Mit Blick auf gemeinsame Interessen soll die EU versuchen, Russland in die europäische Nachbarschaftspolitik einzubinden.

Führende Rolle Deutschlands in der EU, aber nicht in der Welt

Was die generelle Rolle Deutschlands in der internationalen Politik anbetrifft, hält gerade mal ein Drittel der Befragten die Bundesrepublik für eine internationale Führungsmacht. Die meisten sind jedoch der Ansicht, dass Deutschland innerhalb der EU eine führende Rolle einnimmt. Etwa die Hälfte glaubt, dass eine selbstbewusste Vertretung der eigenen Interessen gerechtfertigt sei, die andere meint, Deutschland solle sich aufgrund seiner Geschichte zurückhalten. Am wichtigsten ist ihrer Einschätzung nach die Mitgliedschaft in der EU und der NATO, zwei Drittel plädieren darüber hinaus für ein internationales Engagement auf der Basis eines Mandats einer internationalen Organisation.

dimap gruppe

„Zum ersten Mal legen wir gemeinsam mit der dimap-Gruppe eine solche Studie vor. Sie zeigt, wie wenig die deutsche außenpolitische Elite eine Bedrohung für Deutschland wahrnimmt, und wie sehr die eher weichen Ansätze der internationalen Kooperation im Vordergrund stehen“ sagt Prof. Eberhard Sandschneider, Direktor des DGAP-Forschungsinstituts.

Für ein Interview zur Studie stehen folgende Ansprechpartner zur Verfügung:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Direktor der DGAP-Forschungsinstituts, Kontakt: sandschneider@dgap.org, Tel. 030-254231-25, mobil: 0151-19564529. Er wird vom 6.-8. Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz sein.

Dr. Henning Riecke, DGAP-Experte für Sicherheitspolitik Programmleiter USA/Transatlantische Beziehungen, Kontakt: riecke@dgap.org, Tel. 030-254231-35, riecke@dgap.org

Pressestelle DGAP, Annette Kaiser, Kontakt: a.kaiser@dgap.org, Tel. 030-254231-32

Ralf Welt, Geschäftsführer dimap communications, Kontakt: r.welt@dimap-communications.de, Tel. 030-59000110

Daniel Florian, Berater Public Diplomacy, dimap communications, Kontakt: d.florian@dimap-communications.de, Tel. 030-59000116

Download einer Zusammenfassung der Studie:

<http://www.aussenpolitikstudie.de/>